

Beck'sche Musterverträge

Gemeinnützige GmbH

von
Thomas Holt, von, Christian Koch

3. Auflage



Verlag C.H. Beck München 2015

Verlag C.H. Beck im Internet:
www.beck.de

ISBN 978 3 406 67624 6

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

Beck'sche Musterverträge
von Holt/Koch: Gemeinnützige GmbH

beck-shop.de

beck-shop.de

Gemeinnützige GmbH

Von

Thomas von Holt
Rechtsanwalt und Steuerberater
in Bonn

und

Christian Koch
Diplom-Kaufmann
Unternehmensberater in Bonn

3. Auflage 2015



Verlag C. H. Beck München 2015

beck-shop.de

www.beck.de

ISBN 978 3 406 67624 6

© 2015 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: jürgen ullrich typosatz, 86720 Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Vorwort Gemeinwohlorientierte Institutionen zwischen Gewinnorientierung und öffentlicher Bedarfsdeckung

Gemeinwohlorientierte Institutionen in Deutschland stehen vor einer großen Herausforderung: Dem eigenen Leitbild der Schaffung sozialer Gerechtigkeit und Qualität durch Dienst an der Gemeinschaft ebenso zu genügen wie den Anforderungen der Leistungsträger an die Kosten ihrer Dienstleistungen. Schon hat sich der Staat aus vielen Bereichen freiwilliger sozialer Aufgabenerfüllung bzw. ihrer Finanzierung zurückgezogen. Auch soziale Aufgaben, die derzeit noch als Pflichtaufgaben des Staates ausgestaltet sind, werden zunehmend begrenzt und mit neuen Anforderungen an Kosten- und Wirkungseffizienz belegt. Nimmt man die politische Debatte der letzten Jahre zum Maßstab, ist ein Ende dieses Trends nicht abzusehen.

Dabei ist eine Beschränkung staatlicher und kommunaler Ausgaben im sozialen Bereich zweifellos unumgänglich, um den deutschen Sozialstaat finanziell nachhaltig zu sichern. Um bei schwindenden Finanzressourcen einen hohen Standard an sozialen Dienstleistungen zu erhalten, wird von den Leistungserbringern oft eine größere Marktorientierung und Kosteneffizienz gefordert.

Die konkrete Ausgestaltung eines zukünftigen Sozialstaats wirft komplexe Fragen auf: Welche Folgen hat diese so genannte „Ökonomisierung des Dritten Sektors“ – bedeutet sie für die Leistungserbringer das Ende ihrer historisch gewachsenen Rolle? Oder ist es eine Chance, diese Rolle auch im Rahmen eines europäischen Binnenmarktes und einer globalisierten Welt weiter zu entwickeln?

Das vorliegende Buch – nunmehr in der 3. Auflage erschienen – kann und will diese offenen Fragen nicht umfassend beantworten. Sein großer Verdienst liegt zunächst darin, dass es dem Praktiker, der die Gründung einer gemeinnützigen GmbH (gGmbH) oder die Ausgliederung von Betriebsteilen auf eine solche prüft, die betriebswirtschaftlichen, steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen in übersichtlicher und nachvollziehbarer Weise darstellt. Eine besondere Hilfe stellen dabei die umfangreichen Beispiele für Satzungstexte und Checklisten dar. Durch sie erübrigt sich nicht jede externe fachliche Beratung. Sie helfen aber dabei, das Problembewusstsein für alle wesentlichen Fragen der gGmbH zu schärfen und den Leser systematisch durch die verschiedenen Lösungsansätze zu führen. Ziel des Buches ist, dem Leser die größtmögliche Kompetenz in der Sache zu vermitteln, so dass externe Beratung gezielt erfolgen kann. Für das fachliche Niveau der Ausführungen bieten die beiden erfahrenen Autoren eine ausgezeichnete Gewähr.

Über diesen praktischen Nutzen hinaus leistet das Buch auch einen wichtigen Beitrag zur notwendigen Versachlichung der Debatte über die Probleme

me und Chancen einer größeren Marktorientierung für gemeinwohlorientierte Institutionen. Denn Marktorientierung ist nicht gleichbedeutend mit einer Verschlechterung der Situation – weder für die Anbieter, noch für die zukünftigen „Kunden“ sozialer Dienstleistungen.

Gerade gegenüber der sonst häufig von gemeinwohlorientierten Institutionen gewählten Rechtsform des eingetragenen Vereins bietet die gGmbH Vorteile: So ist die Wahl der gGmbH eine Möglichkeit, die sich immer mehr auf die Leistungsanbieter verlagerten Risiken durch Haftungsbegrenzungen – auch für ehrenamtliche Vorstände – zu begegnen. Die Unabhängigkeit von zum Teil für die Entfaltung der unternehmerischen Tätigkeit hinderlichen Vorschriften, z.B. Vergabe- und Zuwendungsrecht, und der größere wirtschaftliche Gestaltungsspielraum bieten die Chance für weniger Bürokratie und eine flexible Gewinnverwendung. So kann die betriebswirtschaftliche Führung einer Institution die fachlich angemessene und effiziente Hilfe durch gemeinwohlorientierte Institutionen weiter unterstützen. Transparenz und Offenheit bei der Rechnungslegung können das Vertrauen in diese Institutionen und damit ihre Rolle in der Gesellschaft weiter stärken.

Die Bündelung wirtschaftlicher Aktivitäten in einer gGmbH führt nicht zwingend zur Abkoppelung von Vereinsinteressen bzw. Interessen der Mitglieder. Und das sollte auch nicht so sein. Vielmehr kann das Konzept der ehrenamtlich besetzten Gremien sozialer Einrichtungen bestehen bleiben. Als zum Beispiel 100%ige Tochter des Vereins bleibt maßgeblicher Einfluss vorhanden, die Gesellschaftsverträge können dies sicherstellen. Die Einbindung Ehrenamtlicher sichert zum Beispiel die Beteiligung der Zivilgesellschaft und die Wertorientierung sozialer Institutionen. Gemeinwohlorientierte Institutionen mit lediglich betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten sind ein Widerspruch an sich. Auch könnte die Bereitschaft zum langfristigen ehrenamtlichen Engagement sinken, eine Entwicklung, die nicht angestrebt werden sollte. Denn dann bliebe genau jener Verbandsteil auf der Strecke, der den zivilgesellschaftlichen Beitrag und damit die unverwechselbare Besonderheit sozialer Dienstleistungen ausmacht – die „Seele eines Verbandes“. Effizienzdenken allein führt nicht zu einer Steigerung der Qualität sozialer Dienstleistungen.

Der Markt darf die Preise für soziale Dienstleistungen nicht auf ein so niedriges Niveau drücken, dass eine qualitätsvolle Leistungserbringung nicht mehr möglich ist und nur noch zahlungskräftige „Kunden“ in den Genuss angemessener Leistungen kommen. Denn soziale Dienstleistungen sind qualitativ anders als sonstige Dienstleistungen in der Privatwirtschaft. Pflege-, Betreuungs- und Beratungsqualität misst sich nicht allein an betriebswirtschaftlichen Indikatoren. Für die Sicherstellung der Qualität der Leistungen verfügt das Sozialrecht zudem über eigene Instrumente, der Markt soll hier gerade nicht alleiniges Steuerungsinstrument der Qualitätssicherung sein.

Trotz des bewährten Zusammenspiels kommunaler und freigemeinnütziger Träger im deutschen Wohlfahrtssystem erfolgt seit geraumer Zeit eine Öffnung gegenüber marktorientierten Managementinstrumenten und Rechtsformen. Auch wenn gutes Wirtschaften von gemeinwohlorientierten Institutionen schon immer als ethische Pflicht gesehen wurde, haben die Akteure

beck-shop.de

Vorwort

VII

die Vorteile von Managementinstrumenten wie der Strategie-, Organisations- und Personalentwicklung auch für den Gemeinwohlsektor erkannt und setzen sie längst wirksam in ihren eigenen Institutionen ein. Dabei sollten Managementinstrumente und Rechtsformen zugeschnitten sein auf die besondere Aufgabe der freigemeinnützigen Seite im deutschen Wohlfahrtsstaat.

Rechtsformen wie die gGmbH müssen daher ins Gemeinnützigkeitssystem passen. Gerade im Kontext der Diskussion zum Wettbewerbsrecht und zur Dienstleistungsfreiheit in Europa ist darauf zu achten, dass Gemeinnützigkeit in Europa ein kulturell anerkanntes Konzept ist, das auch im Rahmen eines europäischen Sozialmodells langfristig erhalten bleiben muss. Nur dann bieten sich mit der gGmbH Entwicklungsmöglichkeiten in einer pluralisierten Trägerlandschaft im Rahmen einer Sozialpolitik, die längst nicht mehr nur national steuerbar ist.

Ich bin zuversichtlich, dass die deutsche Sozialpolitik diese Gestaltungsaufgabe bewältigen wird, so dass Rechtsformen wie die gGmbH auch zukünftig die Weiterentwicklung gemeinnütziger Institutionen im Spannungsfeld zwischen Gewinnorientierung und öffentlicher Bedarfsdeckung unterstützen werden.

Berlin, im Dezember 2014

Michael Löher
Vorstand des Deutschen Vereins
für öffentliche und private Fürsorge e.V.

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

A. Einführung	1
I. Die gGmbH als Ausdruck der Ökonomisierung des Dritten Sektors	1
1. Wirtschaftliche Bedeutung der gGmbH	1
2. Entwicklung des Dritten Sektors	2
3. Perspektiven für den Dritten Sektor und die gGmbH	4
II. Die GmbH im verbandlichen und kommunalen Umfeld	12
1. Das Sanduhr-Modell	12
2. Wirtschaftliche Aktivitäten bei Verbänden	15
3. Wirtschaftliche Aktivitäten bei Kommunen	17
III. Typische Anwendungsbereiche der gGmbH	20
1. Auslagerung zur Trennung von Verband und Betrieb	20
2. Die kommunale Auslagerung	26
3. Gemeinschaftsunternehmen	30
4. Konzernorganisation mit Profit Center	33
5. Erwerbsorientierte Unternehmensgründung	35
IV. Rechtliche Grundlagen	35
1. Wesen der GmbH	35
2. Gesellschaftsvertrag	36
3. Rechtsformenvergleich	39
4. Rechtsquellen	41
5. Gesellschaftszweck	42
6. Gesellschaftskapital	44
7. Gesellschafter	49
8. Geschäftsführer	50
9. Aufsichtsrat	51
10. Beirat	53
11. Rechnungslegung	54
V. Strategische Gestaltungsspielräume	55
1. Erwartungen an die gGmbH	55
2. Stellung im Verbund mit anderen Körperschaften	59
3. Corporate Identity	62
4. Interne Anspruchsgruppen und Mitbestimmung	62
5. Gewinnverwendung	65
6. Externe Anspruchsgruppen	65
7. Strategische Planung, Kontrolle und Geschäftsführung	66
VI. Nonprofit Governance	71
1. Aktuelle Diskussion	71
2. Empfehlungen im Überblick	73
VII. Gründung der gGmbH	75
1. Übersicht	75

2. Vorgründungsgesellschaft	76
3. Herausarbeitung der konkreten Ziele	76
4. Chancen und Risiken der Zielerreichung abwägen	77
5. Zusammenstellung der Beteiligten und Interessenten	77
6. Rechtsformwahl	78
7. Formulierung des Gesellschaftszwecks	78
8. Erarbeitung der Organisationsstruktur	78
9. Entwurf der Satzung, Erstellung eines Gründungskonzeptes	79
10. Abstimmung der Satzung mit der Finanzverwaltung	80
11. Einbeziehung wichtiger Vertragspartner	80
12. Errichtung der Gesellschaft	83
13. Anmeldung beim Handelsregister	83
14. Die gGmbH iG	84
15. Aufbau der Organisation und strategische Planung	84
VIII. Vor- und Nachteile der Steuerbegünstigung	84
IX. Gemeinnützigkeitsrechtliche Grundlagen	86
1. Risikofaktor Steuerrecht	86
2. Europäische Auswirkungen auf das Gemeinnützigkeitsrecht	87
3. Voraussetzungen der Steuerbegünstigung	87
4. Auswirkungen der Steuerbegünstigung	90
5. Das Spendenrecht	92
B. Textabdruck der Satzungstexte	95
I. Satzungstext Variante 1 (mehrere Gesellschafter)	95
§ 1 Firma, Sitz	96
§ 2 Zweck und Gegenstand des Unternehmens	96
§ 3 Ideelle und organisatorische Ausrichtung der Gesellschaft	96
§ 4 Gemeinnützigkeit	97
§ 5 Stammkapital, Geschäftsanteile	98
§ 5a Pflichten der Gesellschafter	98
§ 6 Organe der Gesellschaft	99
§ 7 Gesellschafterversammlung – Funktion und Aufgaben	99
§ 8 Gesellschafterversammlung – Innere Ordnung	100
§ 9 Gesellschafterversammlung – Sitzungen	101
§ 10 Geschäftsführung und Vertretung	103
§ 11 Aufsichtsrat – Funktion und Aufgaben	104
§ 12 Aufsichtsrat – Innere Ordnung	106
§ 13 Aufsichtsrat – Sitzungen	108
§ 14 Beirat (fakultativ)	109
§ 15 Geschäftsjahr, Rechnungslegung und Prüfung	110
§ 16 Bekanntmachungen	110
§ 17 Verfügungen über Geschäftsanteile	111

Inhaltsverzeichnis	XI
§ 17a Ausscheiden aus der Gesellschaft	111
§ 18 Änderung des Gesellschaftsvertrages, Auflösung der Gesellschaft	112
§ 19 Schlussbestimmungen	113
II. Satzungstext Variante 2 (ein Gesellschafter)	113
§ 5 Stammkapital, Geschäftsanteil	114
§ 6 (Organe der Gesellschaft)	114
§ 7 (Gesellschafterversammlung – Funktion und Auf- gaben) wie Variante 1	114
§ 8 Gesellschafterversammlung – Innere Ordnung	114
§ 9 Gesellschafterversammlung – Sitzungen	114
§ 10 (Geschäftsführung und Vertretung)	115
§ 11 (Aufsichtsrat – Funktion und Aufgaben) wie Variante	116
§ 12 Aufsichtsrat – Innere Ordnung	116
C. Satzungstexte mit Erläuterungen	119
§ 1 Firma, Sitz	119
§ 2 Zweck und Gegenstand des Unternehmens	120
§ 3 Ideelle und organisatorische Ausrichtung der Gesell- schaft	125
§ 4 Gemeinnützigkeit	129
§ 5 Stammkapital, Geschäftsanteile	132
§ 5a Pflichten der Gesellschafter	134
§ 6 Organe der Gesellschaft	139
§ 7 Gesellschafterversammlung – Funktion und Aufgaben	141
§ 8 Gesellschafterversammlung – Innere Ordnung	144
§ 9 Gesellschafterversammlung – Sitzungen	148
§ 10 Geschäftsführung und Vertretung	154
§ 11 Aufsichtsrat – Funktion und Aufgaben	159
§ 12 Aufsichtsrat – Innere Ordnung	165
§ 13 Aufsichtsrat – Sitzungen	171
§ 14 Beirat (fakultativ)	173
§ 15 Geschäftsjahr, Rechnungslegung und Prüfung	176
§ 16 Bekanntmachungen	177
§ 17 Verfügungen über Geschäftsanteile	179
§ 17a Ausscheiden aus der Gesellschaft	180
§ 18 Änderung des Gesellschaftsvertrages, Auflösung der Gesellschaft	183
§ 19 Schlussbestimmungen	184
D. Übersichten, Checklisten und weitere Mustertexte	187
I. Gliederung und Bestandteile eines steuerbegünstigten Gesellschaftsvertrages	187
II. Übersicht zu gesellschaftsvertraglichen Gestaltungs- alternativen	190

III. Gesellschaftsvertragsmuster – Alleingesellschafter ohne	
Aufsichtsrat	191
§ 1 Firma, Sitz	191
§ 2 Zweck und Gegenstand des Unternehmens	191
§ 3 Ideelle und organisatorische Ausrichtung der Gesellschaft	192
§ 4 Gemeinnützigkeit	192
§ 5 Stammkapital, Geschäftsanteile	193
§ 6 Gesellschafterversammlung – Funktion und Aufgaben	193
§ 7 Gesellschafterversammlung – Innere Ordnung	195
§ 8 Gesellschafterversammlung – Sitzungen	196
§ 9 Geschäftsführung und Vertretung	197
§ 10 Geschäftsjahr	198
§ 11 Bekanntmachungen	198
§ 12 Schlussbestimmungen	198
IV. Muster einer Mediations- und Schiedsklausel	200
V. Checkliste Geschäftsführeranstellungsvertrag	202
VI. Checkliste Betriebsübertragungs- und Pachtvertrag	205
VII. Struktur des Letter of Intent	208
VIII. Checkliste Due Diligence	210
IX. Übersicht zu typischen Durchgriffshaftungsrisiken	212
X. Checkliste Unternehmensverbund/-konzernrichtlinie	214
XI. Übersicht zur umsatzsteuerlichen Organschaft	216
XII. Checkliste Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat	218
XIII. Checkliste Geschäftsordnung für die Geschäftsführung	220
XIV. Checkliste Nonprofit Governance	222
XV. Muster des Protokolls der Gründungsversammlung	224
XVI. Ablaufplan zur GmbH-Gründung	226
XVII. Struktur eines Geschäftsplans	227
XVIII. Muster einer Rangrücktrittsvereinbarung	228
XIX. Checkliste Selbstevaluation des Aufsichtsrates	229
XX. Checkliste Balanced Scorecard in Nonprofit-Organisationen	231
XXI. Checkliste Corporate Compliance	233
XXII. Checkliste Code of Conduct	236
XXIII. Übersicht zu Public Private Partnership (PPP)	237
E. Weiterführende Hinweise zur Literatur und Rechtsprechung	239
F. Anhang: Literaturempfehlungen und Links	257
G. Sachregister	259